

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badener Tagblatt. 1896-1948 1947**

36 (7.5.1947)

# BADENER TAGBLATT



Erscheint mittwochs und samstags — Bezugspreis: Monatlich  
1.20 RM durch die Post 1.44 RM  
Geschäftsstelle Büh/Bd.: Hauptstraße 80, Telefon 752

Anschrift: Baden-Baden, Stefaniestraße 3 — Fernruf  
Verlag 15 56 Schriftleitung 21 20 Postcheck Karlsruhe 14 137  
Geschäftsstelle in Achern/Bd.: Hauptstraße 112

NR. 36 / 3. JAHRGANG

St

BADEN-BADEN, MITTWOCH, DEN 7. MAI 1947

PREIS 15 PFENNIG

## Neue japanische Verfassung in Kraft

TOKIO — Die neue japanische Verfassung ist in Kraft getreten. Aus diesem Anlaß fand in Anwesenheit des Kaisers vor 5-6000 Personen eine Kundgebung vor dem Kaiserlichen Schloß statt.

## Neue Unruhen in Palästina

JERUSALEM — Überall in Palästina kommt es auch weiterhin zu Terrorakten. So wurde die Durchführung der Wochenschau in zwei der größten Kinos von Tel Aviv unterbrochen und es erschien auf der Leinwand ein Aufruf der Irgun, worin die jungen Juden aufgefordert wurden, sich am Kampf gegen die Briten zu beteiligen. Gleichzeitig wurde über einen Lautsprecher verkündet: „Nicht durch die Vereinten Nationen, sondern nur durch die Waffen wird das Schicksal Palästinas entschieden“. Das Gefängnis der nordpalästinensischen Stadt Acre, die Hinrichtungsstätte des jüdischen Terroristen, ist von mehreren Personen mit automatischen Feuerwaffen angegriffen worden, nachdem in der Nähe liegende Straßen und Brücken vermint worden waren. Neun Verwundete wurden nach dem Angriff von der Polizei in der Stadt Acre verhaftet. 60 Insassen des Gefängnisses konnten entweichen, nachdem die Angreifer in die Gefängnismauer ein Loch gesprengt hatten. 16 der Entflohenen wurden wieder aufgegriffen. Drei Juden wurden tot aufgefunden.

## 20 Milliarden-Staatsanleihe in Rußland

MOSKAU — In der Sowjetunion wurde eine Staatsanleihe von 20 Milliarden Rubel aufgelegt, die zur Finanzierung des Wiederaufbaues und der wirtschaftlichen Entwicklung dienen soll. Die Anleihe hat eine Laufzeit von 20 Jahren.

## Zusammenschluß der USA-Gewerkschaften

WASHINGTON — Die Leiter der C.I.O. und der A.F.L. hielten eine Konferenz zur Vereinigung der beiden Gewerkschaftsverbände ab. Die Gewerkschaftsführer brachten in ihrem Willen zum Ausdruck, zur Schaffung einer mächtigen und einigen Arbeiterbewegung zusammenzuarbeiten.

## Kongreß politisch Verfolgter in Prag

PRAG — Der zweite Kongreß ehemals politisch Verfolgter wurde in Prag in Gegenwart des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Gottwald und fast des gesamten Kabinetts, sowie zahlreicher Vertreter des diplomatischen Korps eröffnet. Frankreich war durch die Schwester seines Außenministers, Fr. Bidault, vertreten. Gottwald rief, daß die Deportierten sich zweckmäßiger Weise von den politischen Parteien fernhalten, und an dem Wiederaufbau ihrer verwüsteten Länder sowie an der Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zwischen den demokratischen Nationen mitarbeiten sollten.

## Ribbentrops Leibarzt verhaftet

INNSBRUCK — Dr. Falko Lainer, der Leibarzt des ehemaligen Außenministers von Ribbentrop, wurde in Ehrwald, in der Nähe der österreichisch-bayerischen Grenze, verhaftet. Seit Monaten hielt sich Dr. Lainer in einem Versteck auf der Zugspitze in 3000 Meter Höhe verborgen.

## Gegen Enteignung der Konzerne

POTSDAM — Gegen die Forderung, die Konzerne zu enteignen, wachte sich in Potsdam Dr. Joachim Tiburtius auf der Landespartei-Konferenz Mark Brandenburg der CDU. Er betonte jedoch, daß Kriegsverbrecherbetriebe entschädigungslos enteignet und in die öffentliche Hand übergeführt werden müßten. Eine Neugründung von Unternehmerverbänden, Kartellen und sonstigen wirtschaftlichen Verbänden lehnte Dr. Tiburtius ab. Er forderte jedoch die Gründung von Fachverbänden zum Wohl der Allgemeinheit.

## Protest gegen doppelte Sommerzeit

MUEHLHEIM/Main — Gegen die beabsichtigte Einführung der doppelten Sommerzeit protestierte der Vorstand des hessischen Gemeindetages im Namen von über 2000 Gemeinden in Hessen. Er ersuchte die Regierung, beim alliierten Kontrollrat für die Nichtdurchführung dieser Maßnahme einzutreten.

## KP in Württemberg und Baden vereinigt

HEIDELBERG — Auf einer Delegiertenkonferenz der Kommunistischen Partei Württembergs und Nordbadens in Heidelberg wurde einstimmig beschlossen, die beiden Bezirke zum Landesverband der KP Württemberg-Badens zusammenzuschließen. Zum ersten Vorsitzenden des Landesverbandes wurde Landtagsabgeordneter Albert Buchmann, Stuttgart gewählt.

## Massengrab bei Offenburg entdeckt

OFFENBURG — Auf dem Exerzierplatz bei Rammerweier wurde nach vielmönatiger Nachforschung ein Massengrab entdeckt. Es handelt sich um das Grab von elf Familienmitgliedern aus Thann im Elsaß, die von der Gestapo als Geiseln für aus Thann flüchtige Militärdienstverweigerer gefangen genommen und in einem Bombenkrater am Exerzierplatz bei Rammerweier vom Gestapochef Schöner und drei Gestapoleuten aus Offenburg erschossen worden sind.

## Neue Bestimmungen im Postverkehr

BADEN-BADEN — Gemäß der Verfügung Nr. 209 des Administrateur Général wird im Postverkehr zwischen dem Saarland einerseits und den Ländern Rhein-Pfalz, Baden und Württemberg andererseits zum Versand von Waren, Erzeugnissen und Lebensmitteln, die, sei es ihrer Bedeutung, sei es ihrem Werte nach kein handelsmäßiges Interesse haben, eine allgemeine Beförderungsgenehmigung ohne jegliche Formalität erteilt. Die von der Post zu befördernden Briefe, Päckchen und Pakete, für die die Vergünstigung der allgemeinen, formlosen Versandgenehmigung gilt, dürfen weder Wertpapiere, Schecks, Wechsel, Banknoten oder andere Zahlungsmittel noch Edelmetalle, gleichviel in welcher Form, enthalten.

## Französische Regierung ohne Kommunisten

### Vertrauensvotum für die Regierung mit großer Mehrheit

PARIS — Die französische Nationalversammlung trat zusammen, um über die Vertrauensfrage abzustimmen. Die Ministerpräsident Ramadier stellte 360 Abgeordnete drückten der Regierung das Vertrauen aus. 186 Stimmen waren gegen die Übernahme der Vertrauensfrage auf die Tagesordnung. Sämtliche kommunistischen Abgeordneten stimmten gegen die Annahme. Von der Haltung

der kommunistischen Abgeordneten veranlaßt, bat Ministerpräsident Ramadier den Präsidenten der Republik, die der kommunistischen Partei angehörenden Minister vorerst provisorisch zu ersetzen. Das Amtsblatt der französischen Regierung vom 5. Mai veröffentlichte bereits den Wortlaut der Verordnung über Änderungen in der Zusammensetzung der Regierung.

### Interimistische Minister für kommunistische Kabinettsmitglieder

PARIS — Nach dem Abschluß des letzten französischen Ministerrats wurde folgendes Kommuniqué veröffentlicht: „Der Ministerpräsident hat von dem Verhalten der kommunistischen Minister anläßlich der Abstimmung über die Vertrauensfrage in der Sitzung der Nationalversammlung Kenntnis genommen. Er hat festgestellt, daß dieses Verhalten als ein Bruch der Regierungs-Solidarität aufzufassen ist. Der Ministerpräsident dankte den kommunistischen Ministern für ihre bisherige Mithilfe bei der Arbeit der Regierung. Der Ministerrat hat den Präsidenten der französischen Republik gebeten, das Ministerium für Landesverteidigung vorübergehend Ivon Delbos, das Arbeitsministerium Robert Lacoste und das Wiederaufbauministerium Jules Moch zu übertragen. Damit werden die kommunistischen Minister François Billoux (Landesverteidigung), Ambroise Croizat (Arbeit), und Charles Tillio (Wiederaufbau) durch Ivon Delbos (Radikalsozialist), Robert Lacoste und Jules Moch (beide Sozialisten) ersetzt.“

Der stellvertretende Ministerpräsident Maurice Thorez war bisher beauftragt, ein Statut für die öffentlichen Funktionen auszuarbeiten. Der Ministerrat wird den Präsidenten der französischen Republik ersuchen, diese Aufgabe Pierre Henri Teitgen zu übertragen, der ebenfalls stellvertretender Ministerpräsident ist. Der Minister für Gesundheitswesen, Marane, gehört dem Rat der Republik an. Er hat infolgedessen an der Abstimmung über die Vertrauensfrage nicht teilgenommen. Ministerpräsident Ramadier wartet zunächst ab, ob er sich mit seinen kommunistischen Fraktionskollegen solidarisch erklärt oder nicht. Gegebenenfalls wird dann auch das Ministerium für Gesundheitswesen einer anderen Persönlichkeit vorübergehend übertragen werden.

Sofort nach Abschluß des Ministerrats begaben sich die kommunistischen Mitglieder der Regierung ins Elysee, um dem Präsidenten der französischen Republik von ihrem Ausscheiden aus der Regierung in Kenntnis zu setzen.

## Jugendamnestie ab 1. Juli

### Bereits eingezogenes Strafgeld wird nicht zurückerstattet

BADEN-BADEN — Die seit einiger Zeit vorgesehene Jugendamnestie in der französischen Zone wird demnächst im „Journal Officiel du C.C.F.A.“ in Form einer Verordnung des französischen Oberbefehlshabers in Deutschland erscheinen.

Diese Verordnung gewährt allen nach dem 1. Januar 1919 Geborenen eine vollständige Amnestie. Ausgenommen von ihr sind die ehrenamtlichen Parteifunktionäre vom Zellenleiter aufwärts, die hauptamtlich angestellten Parteibeamten vom Arbeitsleiter aufwärts sowie die Mitglieder der SS, des SD, der Gestapo und jene, die Kriegsverbrechen begangen haben.

Alle bisher gegen die jungen Leute im Säuberungsverfahren ausgesprochenen Sühnemaßnahmen werden als null und nichtig erklärt. Indessen erscheint es der Militärregierung aus praktischen

Gründen unzweckmäßig, das jeweils von den Ländern schon eingezogene Strafgeld wieder zurückerstattet zu lassen. Im gleichen Sinne konnte eine sofortige Aufhebung aller politischen Maßnahmen, welche unbedingt eine Abänderung der Wählerlisten zur Folge gehabt hätten vor dem auf den 18. Mai festgesetzten Volksentscheid nicht durchgeführt werden. Deswegen wurde für die Amnestie das Datum des 1. Juli 1947 als Ausgangspunkt festgesetzt.

Es war selbstverständlich, daß sich das Wohlwollen der Militärregierung vorerst der Jugend zugewandt hat, da ja diese vielmehr das Opfer als der Nutznießer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft war. Es ist nicht ausgeschlossen, daß noch andere Personengruppen, insbesondere aus den Werkstätten, nunmehr die Aufmerksamkeit der Militärregierung in Anspruch nehmen werden.

## Stalin über die Vereinigten Staaten

### Revision des kapitalistischen Wirtschaftsystems in Amerika?

WASHINGTON, 4. Mai — Der Kandidat der Republikanischen Partei für die Präsidentschaftswahlen 1948 in den Vereinigten Staaten, Harold Stassen, hat eine Europareise abgeschlossen, auf der er mit führenden Staatsmännern gesprochen hat. Stassen veröffentlicht jetzt den Inhalt seiner Unterredung mit Marshall Stalin, der u. a. äußerte: „Ich habe niemals gesagt, daß eine Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschaftssystem in den USA und dem in der Sowjetunion unmöglich sei. Vielmehr habe ich mich dahingehend geäußert, daß die Gefahr einer kapitalistischen Einkreisung und eines An-

griffs gegen die Sowjetunion besteht, falls eine der beiden Parteien nicht gewillt sein sollte, mit der anderen zusammenzuarbeiten.“ Stalin wünschte, daß jeder der beiden Partner seine Kritik am Wirtschaftssystem des anderen einstellt. Stalin betonte, daß amerikanische Kommentatoren mit der Möglichkeit einer unmittelbaren Krise in den USA rechnen. Stassen erklärte, in den Vereinigten Staaten habe man begriffen, daß eine Revision des kapitalistischen Systems erforderlich sei, wenn eine Krise verhindert werden soll. Marshall Stalin trat abschließend für die Beibehaltung der Pressezensur in der Sowjetunion ein.

## Neue Direktiven der amerikanischen Militärregierung

### Die ersten Auswirkungen von Moskau

BERLIN — Die amerikanische Militärregierung in Deutschland hat soeben an ihre Besatzungsbehörden in Deutschland neue Direktiven erteilt, in denen die politische Linie präzisiert wird, die von den Vereinigten Staaten nach dem negativen Ausgang der Moskauer Konferenz in Deutschland eingeschlagen werden wird.

Diesen Direktiven zufolge wird die amerikanische Militärregierung in Deutschland in Zukunft ihre Tätigkeit auf die Kontrolle der Zentralregierung und der deutschen Länderregierungen beschränken, die ihrerseits in Übereinstimmung mit den Grundsätzen einer auf föderalistischer Grundlage funktionierenden Demokratie zu wirken haben. Zum ersten Mal wird in verschiedenen Punkten dieser Direktiven ganz klar zum Ausdruck gebracht, welche Haltung die Vereinigten Staaten, gegenüber dem föderalistischen System einzunehmen gedenken und in politischer Hinsicht zu praktizieren beabsichtigen.

So sind es z. B. die Länder, aus denen die einzelnen Glieder des Staatenbundes bestehen werden. Alle Macht liegt in Händen der Länder. Einen Teil derselben treten diese an die Bundesregierung ab. Die Bundesregierung selbst wird erst später gebildet. Sie wird nur über einen beschränkten Zuständigkeitsbereich verfügen. Die demokratischen Grundsätze sollen so beschaffen sein und gehandhabt werden, daß es unmöglich gemacht wird, das Monopol einer Partei oder ein Monopol der öffentlichen Meinung zu errichten. Die Garantie hierfür muß in der praktisch ausgeübten Demokratie selbst liegen. Diese macht eine strenge Trennung der Gewalten erforderlich, während gleichzeitig die Staatsbürger gegen jeden willkürlichen Entscheid durch das Gesetz geschützt werden.

## Schacht 8 Jahre ins Arbeitslager?

### Urteilsverkündung am 9. Mai

STUTTGART — Vor vollbesetztem Zuschauerraum hielt der Verteidiger Dr. Schachts eine vierstündige Verteidigungsrede, in der er beantragte, Dr. Schacht in die Gruppe der Entlasteten einzureihen. Der Verteidiger kam zu dem Schluß, daß die Anklage in den wesentlichen Punkten nicht mehr vertretbar sei, da selbst die geladenen Belastungszeugen Schacht entlastet hätten. Dieser sei nur in die Verantwortung gegangen, um das nationalsozialistische Regime von innen heraus bekämpfen zu können. Er sei deshalb zunächst mit Hitler, dann von Hitler weg und als es an der Zeit war, gegen Hitler gegangen.

Dr. Schacht begrüßte in seinem Schlußwort, daß dieses Spruchkammerverfahren den Schleier

von seiner Vergangenheit gelüftet habe. Er habe alle Auswüchse des Nationalsozialismus bekämpft und versucht, die Politik Hitlers in vernünftige Bahnen zu lenken. Es sei ihm schmerzlich gewesen, Vieles mitanzusehen zu müssen, was zu verhindern nicht in seiner Macht gestanden habe. Wenn er Gelegenheit gehabt hätte, würde er Hitler mit eigenen Händen umgebracht haben. Trotz aller Bespitzelung habe er den Kampf gegen Hitler bis zum Ende geführt.

Der öffentliche Ankläger hat beantragt, Schacht als Hauptschuldigen zu erklären und ihn für acht Jahre in ein Arbeitslager einzuweisen. Die bisher verbüßte politische Haft könne angerechnet werden. Die Urteilsverkündung findet am 9. Mai statt.

## Deutsche Hausangestellte bei Alliierten

BADEN-BADEN — Die Londoner Zeitung „News Chronicle“ läßt sich von ihrem Sonderkorrespondenten in Deutschland über das Leben alliierter Offiziers- und Verwaltungsbeamtenfamilien auf deutschem Boden berichten. Der Korrespondent ärgert sich über den häßlichen Aufwand der Alliierten, den sie in Deutschland entwickeln, aber vorher seiner Meinung nach sich nicht leisteten. Nun, das ist eine Angelegenheit, die vielen deutschen Männern verständlich ist. Denn sie haben als Landsler außerhalb der Reichsgrenzen sich oft genug Gedanken über den Aufwand deutscher Offiziere und Wehrmachtbeamten machen müssen. Über das Ausmaß und die Intensität eines ganz- oder halb-militärischen Kultaufwandes hat eben in der deutschen HDV (Heeresdienstvorschrift) selbigen Angelegenheiten nichts gestanden. Vermutlich ist darüber auch in den alliierten Gegenständen nichts verzeichnet. Solche Vorkommnisse sind eben Zeichen menschlicher Schwächen, die zu einem erweiterten Gebrauch gebotener Freiheiten führen — hier wie dort und überall in der Welt. Also Schwamm drüber!

Aber es bedarf einer Stellungnahme von deutscher Seite wenn der „News Chronicle“-Korrespondent mit spitzer Feder schreibt: „... die alliierten Frauen haben nicht verabsäumt, die Gelegenheit der Vorteile deutscher Kuli-Arbeit zu entdecken. Wenige Offiziers- oder Beamtenfamilien, die sich in gewisser Position befinden, kommen mit weniger als 4 Hausangestellten aus. Es ist unnötig zu sagen, daß es keine gewerkschaftlichen Bestimmungen, ja nicht einmal offizielle Anleitungen gibt, um die Ausbeutung der Hausangestellten einzuschränken.“

Oh! Die Arbeit deutscher Menschen in alliierten Offiziers- und Beamtenhaushaltungen als Kuli-Arbeit zu bezeichnen, ist ein reichlich starkes Stück. Es zeugt davon, daß der „News Chronicle“-Korrespondent die Achtung vor einer Arbeit, mag sie auch schmutzig sein, noch nicht erlangt hat. Darüber hinaus dokumentiert er, daß er dem deutschen schaffenden Menschen wenig Menschenachtung entgegenbringt.

Der Wahrheit die Ehre! Und deshalb sei's gesagt: die Mitglieder der alliierten Offiziers- und Beamtenhaushaltungen schätzen die Arbeit ihrer deutschen Hausangestellten hoch ein, sehr hoch sogar. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die deutschen Frauen und Mädchen in den für alliierte Familien beschlagnahmten Wohnungen durch ihren ausgeprägten Sinn für Häuslichkeit ein Wohnniveau geschaffen haben, in dem sich die alliierten Familien wohlfühlen. Deutscher Frauen Geist und deutscher Frauen Sinn für Häuslichkeit, das sind die Tugenden die schon vor dem Krieg nicht nur in alliierten Ländern, sondern in der ganzen Welt hoch im Kurs gestanden sind.

Selbst den von den deutschen Frauen und Mädchen gepflegten deutschen Hausgebräuchen geben sich die alliierten Familien, gar solche mit Kindern, mit Wonne hin. Im Dezember waren in den alliierten Familien der Adventskranz zu sehen sowie deutsche Advents- und Weihnachtslieder zu hören. Unter den meisten alliierten Familien mit Kindern galt es als eine ausgemachte Sache, den Nikolaus kommen zu lassen und selbstverständlich: deutsche Weihnacht zu feiern, mit dem lichterglänzenden Tannenbaum. Und der Osterhase kam auch zu den alliierten Kindern in Deutschland, die ihn bisher nicht gekannt haben. So ist es geschehen. Wer es leugnen wollte hat andere Absichten als die, ein erträgliches Verhältnis zwischen Menschen verschiedener Nationalität zu schaffen.

Ein solches, wie es sich in den Haushalten der alliierten Offiziers- und Beamtenfamilien ergibt schließt logischerweise aber auch ein Ausbeuten der deutschen Hausangestellten, wie es der „News Chronicle“-Korrespondent zitiert, von selbst aus. Diese Hausangestellten sind durch die Arbeitsämter vermittelt worden. Allein damit ist schon ein feststehendes Arbeitsverhältnis gegeben, das auch hinreichend Schutz gewährt. Also: von wegen deutscher Kuli-Arbeit, und Ausbeutung der Hausangestellten ist hier von deutscher Seite gesprochen worden. Diskussion ist Demokratie! - sehr geschätzter „News Chronicle“-Korrespondent.

Norbert Tessner.

# Spiegel der Parteien

Im Zeichen des Wahlkampfes geben wir den Parteien Raum, um die Leserschaft unseres Blattes mit ihren programmatischen Ansichten bekannt zu machen. Die Redaktion selbst enthält sich dazu jeder Stellungnahme. — Die Redaktion.

## Die Badische Christlich-Soziale Volkspartei

### Grundlegendes zur Landtagswahl

Die Rede, die der Landesvorsitzende Präsident Wohleb auf der Landestagung der BCSV hielt, hat folgenden Wortlaut:  
Es ist hier nicht der Ort, vor Ihnen eine Wahlrede zu halten. Sie sind ja selber die Säulen unserer Partei. Außerdem sollen Sie Gelegenheit haben zu sprechen. Ich komme im allgemeinen mehr zu Wort, als mir lieb ist.

Während künftig der Landesparteitag auf Grund der neuen Satzungen Stellung zu nehmen hat, sind die Berichte des Landesvorsitzenden und des Landesauschusses, muß er sich diesmal, da ein Landesauschuss noch nicht bestand, mit dem Bericht des Landesvorsitzenden begnügen. Die Partei besteht seit kurzem einhalb Jahren. Der Erfolg der Gemeinde- und Kreiswahlen hat bewiesen, daß sie einem Bedürfnis und dem Willen des badischen Volkes entspricht. Der Gedanke des Zusammenschlusses der beiden großen christlichen Bekenntnisse im politischen Bereich hat sich als richtig erwiesen. Die Mehrheit unseres badischen Volkes hat nicht verstanden, so doch gefühlsmäßig empfunden, daß die beiden Bekenntnisse eigenen christliche Kräfte zum Guten, die Kräfte des Friedens, der Gerechtigkeit und der christlichen Liebe, das einzige Heilmittel sind gegen den „Veitstanz des zwanzigsten Jahrhunderts“, wie Rauschning den Nationalsozialismus genannt hat, das einzige Heilmittel nach einer Zeit, da nach einem Wort Martin Luthers der Teufel alles durcheinander „bräute“.

Je ehrlicher jeder seinem Bekenntnis lebt, um so klarer sieht er Gott nicht in den Dingen und nicht hinter den Dingen, sondern durch die Dinge hindurch, wie Paul Tillich es ausgesprochen hat. Um dem weltlichen Werk überhaupt Sinn und Kraft zu verleihen, dem dämonischen Vernichtungstrieb des Menschen gegen den Menschen, dem Nihilismus entgegenzusetzen, kehren wir in das christliche Kraftfeld zurück, das auch, ja gerade, die Politik in sich begriff.

Das ist die Reaktion; denn wir kommen damit weder zu dem uns gegenüber naiv gläubigen Mittelalter noch zu einer verwachsenen, liberalen Aufklärung zurück, sondern, durch Schaden klug geworden, proklamieren wir als gottgewollte Ordnung die ganz bestimmte Zuordnung von Kräften und Aufgaben des Einzelnen, der Gemeinschaft und der Dinge zueinander. Recht ist nicht, was dem Volk nützt, sondern Unrecht ist Unrecht, auch wenn es dem Volke zu nützen scheint. Und die soziale Frage heißt heute: Wie kann die Würde des Menschen gerettet werden von der Willkür des totalen Staates, der in einem alleinigen Arbeitgeber, absolute Parteimacht und Diktator der öffentlichen Meinung ist, und der nicht eine objektive Ordnung, sondern nur wieder die Willkür eines Despoten oder einer Clique repräsentiert. Der Despot braucht kein Führer zu sein, auch entfesselte Demokratie kann Despotie sein. Entfesselte Demokratie nenne ich die Vernichtung aller Gewalten und ihre Konzentration in der Volksvertretung, wie sie der kommunistische Verfassungsentwurf vorsieht, bewußte Konzentration wie ein Entwurf für das Gefüge Deutschlands, zu durchsichtigen Zwecken. Beide Gefahren, die Willkür eines Despoten oder einer Clique, kann nur eine christliche, soziale Demokratie überwinden, die von einer starken christlich-sozialen Volkspartei getragen ist.

Sie in unserem Land zu begründen, ohne Satzung, mit wenigen programmatischen Leitsätzen, ohne große Organisation, ohne Presse, nur durch Versammlungsarbeit, war nicht leicht. Daß es gelungen ist, danken wir Ihrer unermüdeten Arbeit, verehrte Parteifreunde in den Gemeinden und Kreisen, Ihren Opfern für die neue Partei; aber auch der Landesvorstand, scheint mir, hat daran einiges Verdienst. Das einmal Erreichte zu befruchten, ist vielfach noch schwerer, als die erste ergebnisreiche Ernte. Das Saatgut baut ab, sagen uns die Fachleute. Kritik erhebt sich, begründet und unbegründet. Das Menschlich-Allzumenschliche regt sich. Gegensätze, die man für überwunden hielt, tauchen wieder auf; neue entwickeln sich. Es ist eine alte Erfahrung, und es wäre gegen alle Regel, wenn es in unserer Partei anders wäre. Da bedarf es dann aller derer, die guten Willens sind und die Gefahren rechtzeitig kennen.

Schlechten Willens sind diejenigen, die sich der nüchternen, harten Wirklichkeit verschließen; denn sie müssen sie einsehen, unsere Niederlage mit allen ihren Folgen. Sind wir verantwortlich, daß die Aufräumung des Schuttes viel zu lange für unsere Ungeduld und Not auf sich warten läßt? Sollen wir Redner eine Verfassung Deutschlands in Moskau vorlegen? Oder ist es nicht schon ein großer Erfolg, wenn wir unseren badischen Staat auf einer Verfassung aufbauen können? An die Front die Männer, die uns von heute auf morgen mit Lebensmitteln versorgen. Meint man wirklich, wir schliefen und spürten nicht in der eigenen Familie den Hunger? Meint man wirklich, es habe jemand daran eine Freude, daß den Bauern alles weggenommen werden muß? — Ehrenbürger des badischen Volkes wird derjenige, welcher uns mit Rohmaterialien für unsere Fabriken versorgt und den Export wieder voll in Gang bringt.

Sind wir schuld, wenn mehrheitlich links gerichtete Reinigungskommissionen weit über das Ziel hinausschießen und die Urteile vom Büro de Denazifikation noch verschärft werden, da Deutsche selbst dazwischentreten und aus rein sachlichen Beweggründen, wie man so schön sagt, einen abschließen?

Die Landesverordnung über die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 29. März 1947 ist wie jeder Kompromiß nicht befriedigend, aber die Präambel legt fest:

„In Anbetracht dessen . . . daß festgestellt wurde, daß die Artikel 22 und 37 dieser Landesverordnung vorsehen, daß der Staatskommissar für die politische Säuberung und der Politische Beirat das Berufungs- und Revisionsverfahren ohne Beschränkung ihrer Zuständigkeit anordnen können, daß infolgedessen der Staatskommissar und der politische Beirat die Befugnis haben, die Revision von Sühnentscheidungen anzuordnen, die ihnen übermäßig hoch oder zu niedrig erscheinen und die ihnen durch die Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse oder irgendeine Behörde zur Kenntnis gebracht werden.“

In Anbetracht dessen, daß festgestellt wurde, daß ein Verfahren festgelegt worden ist, das in Ausnahmefällen die Zulassung eines Aufschubs solcher Sühnemaßnahmen zuläßt, die übermäßig hoch erscheinen und Gegenstand eines Berufungs- oder Revisionsantrags sind und deren sofortige Durchführung eine nicht wieder gutzumachende Beeinträchtigung öffentlicher oder privater Interessen zur Folge hätte, in Anbetracht dessen endlich, daß davon Kenntnis genommen wurde, daß im Grundsatz eine Amnestie

in Aussicht genommen und befürwortet werden wird, verkündet der Präsident des Staatssekretariats nach Annahme durch das Staatssekretariat auf Grund des Gesetzes Nr. 10 des Kontrollrats betreffend Bestrafung der Kriegsverbrecher, der Verbrecher gegen den Frieden und die Menschlichkeit, folgende Landesverordnung:

Jeder, der ehrlich prüft, muß zugeben, daß gegenüber der bisherigen Art der Säuberung hier eine große Besserung erreicht wurde. Wie oft glauben Sie, daß mit der einzig maßgeblichen Regierung, die wir haben, eben mit der Militärregierung, verhandelt wurde, bis wir, wenn auch keineswegs befriedigt, so doch nicht ganz unbefriedigt, diese Landesverordnung veröffentlichten konnten!

Wir wüßten nicht genug der Ehren für den, der als Befreier unserer Kriegsgefangenen unser ganzes Volk glücklich machen würde. Aber noch fehlen anderwärts viele — und wären es zunächst nur die 800 000, die man bis jetzt gezählt hat — die sich dem Tag der Befreiung entgegensehnen. Wir warten und beten für sie und für uns, daß wir nicht in Versuchung fallen und die Verzweiflung uns erfährt. Denn sie und die aus ihr entspringende Müdigkeit und Gleichgültigkeit sind die uns beherrschenden Gefühle. Und Bernhard Nicole schreibt mit Recht in den Etudes vom September 1946: „Diese Tendenz ist gefährlich; denn Pessimismus und Willenslosigkeit gehen Hand in Hand. Ein Land, das davon befallen ist, ist reif für alle Abenteuer.“

In Kritik, sei sie noch so ungerecht oder bitter, sehen wir immer ein Zeichen des Lebenswillens.

Freilich wird uns niemand verargen können, wenn wir uns gegen ungerechte Kritik zur Wehr setzen durch Aufklärung über die Tatsachen. Unsere Partei ist zwar zahlenmäßig die stärkste, aber ihr Einfluß hat seine engen Grenzen. Glauben Sie nicht, daß Ihre Steuerleute blind oder taub wären. Glauben Sie nicht, daß sie nicht voll ausnutzen, was ihnen an Steuerung zugebilligt ist. Der einzige Hafen weit und breit ist die Demokratie. Aber noch viele Klippen sind ihm vorgelagert. Wir tun nichts, ohne uns mit unseren Freunden vorher zu verständigen und uns mit ihnen gründlich zu beraten. Es ist immer leicht, Kritik zu üben, in Zeiten wie den unseren noch leichter als sonst. Manche beschweren sich über mangelnde Informationen, Gerade die Beratungen über das Landeswahlgesetz haben gezeigt, daß jede Information über dieses Gesetz am nächsten Tag schon überholt gewesen wäre. Es ist schwer, wenn Nichtinformierte, die jeden Tag vor Überraschungen stehen, informieren sollen und nicht nur Allgemeinheiten, sondern natürlich Einzelheiten, die interessieren. Die Staatsmaschine läuft fort. Meint man, der Motor sei angelauten, ist er schon abgewürgt; vom ersten Gang springt er in den vierten. Der Wagen kommt aus einer Gang, und die Fahrer haben sich auswärts den Führerscheine erworben.

Erklärungen zur Verfassung, als Handreichung für den Wahlfeldzug, Ausdeutung der Leitsätze als, wie Sie selbst eingesehen haben, vorläufiges Programm, das ist etwas anderes und, ich gebe es zu, für diejenigen, welche nicht selbst mitgearbeitet

haben, aber in der Versammlung sprechen sollen, eine Notwendigkeit.

So ganz unfähig ist Ihr Landesvorstand nicht gewesen.

Daß er und der Landesvorsitzende, genau gesehen, doch eine beträchtliche Arbeit geleistet haben, wird niemand bestreiten. Unmittelbar nach dem Zusammentritt der Landesversammlung, das heißt sobald überhaupt Themen gegeben waren, haben meine Freunde mit Versammlungen eingesetzt. Staatskommissar Dichtel und ich selbst haben in jedem Kreis mindestens einmal gesprochen, jeden Samstag und Sonntag trotz Kälte, Schnee und Glatteis, und daneben ihre Arbeit in der Regierung, die nur Etappe auf dem Weg zu einer hoffentlich selbständigen Volksregierung ist, nicht versäumt.

Wir reden ungern davon; denn es war uns selbstverständlicher Dienst an unserem Werk der Partei. Nein, meine verehrten Freunde, es ist nicht an dem, daß „Schloßbergpolitik“ getrieben wurde, daß man sich auf Lorbeeren ausgerichtet hat, daß man schwach ist und keine Linie hat. Der Gedanke, daß die Landesvorstandsmitglieder, die der Regierung angehören, für die Dauer der Ausübung ihrer Ministerämter dadurch entlastet werden sollen, daß ihre Funktionen im Parteivorstand ruhen, hat manches für sich, besonders im Hinblick auf die über große Inanspruchnahme der Regierungsmitglieder, aber auch, um sie damit in der Partei zu voller Entfaltung kommen zu lassen, sofern die engste Verbindung zwischen ihnen gewährleistet bleibt.

Formen schaden nie im Leben. Sturheit ist keine Politik. Und uns geht es nicht wie gewissen Leuten, die das Wort „Unmöglich“ aus dem deutschen Sprachschatz streichen wollten und tatsächlich erreicht haben, was unmöglich schien. Blühendes Land in eine Wüste zu verwandeln mit größeren und kleineren Oasen und ein großes Volk zugrunde zu richten und in der Welt zu diffamieren. Nein, wir kennen die Grenzen, die uns gesetzt sind durch Kapitulation und Zusammenbruch, aber auch die Grenzen, die ein Volk schützen, ein Volk, das nichts fordern kann, aber auf ein „einfaches Leben“ naturrechtlichen Anspruch hat und guten Willens ist: ein Volk, das hungert und wartet.

Unser Verhältnis zu anderen Parteien im Augenblick der Verabschiedung der Verfassung ist ungeklärt; es wird sich in den nächsten Stunden klären. Die Zusammenarbeit in der Notgemeinschaft der vorläufigen Regierung war reibungslos. Insbesondere wurde die Landesverordnung über die Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus — ich will damit einer Legendenbildung entgegenzutreten — in nicht absichtlicher Abwesenheit eines Regierungsmitgliedes von sämtlichen anderen Mitgliedern der Regierung einstimmig angenommen. Die gegnerischen Parteien werden zur Einsicht kommen müssen, daß Ablehnung der Nennung Gottes und des christlichen Sittengesetzes keine positive Kraft darstellt, unsere Sache ist es, anzuerkennen, daß die Zeit für reaktionäre Haltung vorbei ist. Ein Zusammenschaffen im eigentlichen Sinn über die Not des Augenblickes hinaus, ein Zusammenschaffen, das nicht nur realistische Notwendigkeit darstellt, um gerade noch annehmbare politische Resultate zu erzielen, sondern zu einem wirklichen entscheidenden Element im Wiederaufbau unserer völlig verwirrten Kultur werden kann, ein Zusammenschaffen ist für die Dauer nur möglich, wenn man klare Fronten bezieht gegen den staatskapitalistischen Kollektivismus und die entfesselte Demokratie, die zu einer neuen Diktatur führen müssen. Wir aber müssen das Bekenntnis zu den unantastbaren christlichen Wahrheiten vereinigen mit einem radikalen Aufbauplan. Es gibt nur zwei Wege: Selbstmord oder Gott. Wir wählen Gott!

## Neue badische Gemeindeordnung (II)

BADEN-BADEN — Bei dem Erlaß der neuen Badischen Gemeindeordnung nach der Verabschiedung der Verfassung mag der begriffliche Wunsch und das Bestreben mitgewirkt haben, die Organisation des Landes von unten her beginnend bei der untersten Stelle im Verwaltungsaufbau im Gesamtbau der Staatsverwaltung nach oben hin durchzuführen. Ebenso wenig aber, wie man ein Haus bauen soll, bevor man nicht den Plan und den Grundriß hat, aus dem die gewünschten und erlaubten Maße ersichtlich sind, sollte man mit dieser Organisation begonnen haben, bevor man nicht den Willen des Bauherrn, des badischen Volkes, kennt, der sich erst in der Abstimmung über das Grundgesetz, die Landesverfassung, kundtun wird.

Als Kuriosum sei in diesem Zusammenhang noch erwähnt, daß die Scheu vor der Anwendung von Gesetzen, die unter der Herrschaft des Nationalsozialismus erlassen worden sind, dazu geführt hat, daß man in Baden ungeduldet der noch in Kraft befindlichen Deutschen Gemeindeordnung (DGO) nach der Kapitulation die aus dem Jahre 1921 stammende Bad. Gemeindeordnung zur Anwendung brachte und sich damit der Gefahr aussetzte, sog. fehlerhafte Staatsakte zu vollziehen, die für rechtsunwirksam erklärt werden können.

Doch nach diesen rechtspolitischen Betrachtungen zu dem Inhalt der neuen Badischen Gemeindeordnung selbst.

Es war ein Gebot der Selbstverständlichkeit bei der Übernahme eines großen Teils der DGO in die Bad. GO alles auszumergen, was in jener der Durchführung des Führerprinzips gedient hatte. Dieses hatte sich zum einen in den Befugnissen der außerhalb des organisatorischen Aufbaus der Gemeinde und des Staats stehenden Beauftragten der Partei (Mitbestimmungsrecht bei der Ernennung der Bürgermeister, beim Erlaß der Hauptsatzung u.a.m.) gezeigt. Diese sind weggefallen, ohne daß es eines Ersatzes hierfür bedurfte. Zum anderen kam das Führerprinzip in den Eingriffsrechten des Staates in die Selbstverwaltung der Gemeinden sowie innerhalb der eigentlichen Selbstverwaltung in der Stellung des Bürgermeisters zum Ausdruck. Der Reichstathalter hatte nach § 15 DGO das Recht, nach Anhörung der Gemeinde die Änderung des Gemeindegebietes vorzunehmen. An seine Stelle ist jetzt das Innenministerium getreten. Nach früherem Recht hatte der Bürgermeister bei seinen Entschlüssen und Anordnungen darauf zu achten, daß diese nicht das bestehende Recht verletzen oder den Zielen der Staatsführung zuwiderlaufen (§ 109 DGO).

Bisher war der Gemeinderat nur beratendes Organ des Bürgermeisters. Beschlüsse faßte allein der Bürgermeister und führte sie „in voller und ausschließlicher Verantwortung“ aus (§ 32 DGO). In der neuen Bad. GO ist der Gemeinderat grundsätzlich das beschließende Organ (§§ 25, 40 Bad. GO). dessen ausführendes Organ (§§ 25, 40 Bad. GO).

Die Einführung dieser wenigen Beispiele möge genügen, um darzutun, daß in der Bad. GO mit dem Führerprinzip konsequent aufgeräumt ist und die beschließende Gewalt entsprechend demokratischen Grundsätzen nicht mehr bei einem Einzelnen, son-

dern bei den Vertretern der Einwohnerschaft, dem Stadtparlament liegt. Auch werden der Bürgermeister und die Beigeordneten nicht mehr auf Vorschlag von den staatlichen Behörden ernannt, sondern gemäß den §§ 26 und 43 Bad. GO vom Gemeinderat aus seiner Mitte gewählt. Auch die Gemeinderäte werden nicht mehr berufen (bisher vom Beauftragten der NSDAP im Benehmen mit dem Bürgermeister), sondern nach § 26 Bad. GO in allgemeiner Wahl von den Einwohnern der Gemeinde gewählt.

So haben wir einen übersichtlichen Pyramidenaufbau: Die Einwohner der Gemeinde, die das 21. Lebensjahr vollendet und mindestens seit 12 Monaten in der Gemeinde ihren Aufenthalt haben, wählen die Gemeinderäte, diese aus ihrer Mitte den Bürgermeister und die Beigeordneten. Auf diese Weise sind durch konsequente Einhaltung des Prinzips, daß diese Stellen nur durch Wahl und damit durch das Vertrauen der Gemeindeeinwohner erlangt werden können, die demokratischen Grundforderungen verwirklicht. Zugleich aber ist etwas Neues geschaffen worden: es wurde auf diese Weise so gut wie unmöglich gemacht, daß ein Gemeindefremder an die Spitze der Gemeindeverwaltung treten kann. Diese Neuerung kann sich unter Umständen wenig segensreich auswirken. Eine derartige Bestimmung hat selbst die Badische Gemeindeordnung vom Jahre 1921 nicht gekannt, der niemand demokratischen Charakter absprechen kann. Nach ihr wurde der Bürgermeister ebenfalls gewählt, allerdings nach einem anderen Wahlmodus, aber es konnte auch ein Gemeindefremder gewählt werden. Dieser erhielt mit der Annahme der Wahl automatisch das Bürgerrecht der Gemeinde (§ 22 alte Bad. GO). Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß die neue Bestimmung eine starke Beschränkung des verwaltungspolitischen Gesichtskreises darstellt. Sind in jeder Gemeinde und zu jeder Wahlperiode die Persönlichkeiten vorhanden, die geeignet sind, dem Gemeinwesen vorzustehen und wirklich erfolgreich zu wirken? Die Erfahrung lehrt es anders. Jedermann weiß, welche Anforderungen an die Gemeinwesen an ihre Verwaltungen stellen und wie sehr das Wohlergehen der Städte und Gemeinden von der Fähigkeit ihres Oberhauptes abhängen. Wir wissen, welche Anstrengungen früher gemacht wurden, um einen besonders befähigten Mann für einen geratigen Verwaltungsposten zu gewinnen. Jeder Landwirt weiß — es sei dieser Vergleich erlaubt — daß neues Blut unumgänglich notwendig ist, um einen Entwicklungsstillstand und Schlimmeres zu verhindern. Die Bad. GO aber beraubt die badischen Städte und Landgemeinden der Möglichkeit, sich fähige Köpfe und tüchtige Verwaltungsfachmänner außerhalb der eigenen Einwohner zu wählen. Diese Beschränkung stellt ganz zweifellos eine bedeutende Überschätzung der vorhandenen und künftigen Zahl an überdurchschnittlichen und guten Verwaltungsfachleuten dar und wird den Belangen eines modernen Gemeinwesens nicht gerecht. Aus ihr spricht ein Mangel an Weitblick, der Besorgnis erregen kann.

Winkler.

## Für Ramadier

PARIS — Wie an anderer Stelle gemeldet, trat die französische Nationalversammlung zusammen, um über die von Charles Lussy (sozialistische Partei) beantragte Tagesordnung zu beraten. Lussy hatte beantragt, die Wirtschaftspolitik der Regierung in der bisherigen Weise fortzusetzen. Ministerpräsident Paul Ramadier nahm diesen Antrag zum Anlaß, die Vertrauensfrage zu stellen. Als erster Redner in der Debatte stellte der Kommunist Duclos fest, daß die Produktion zwar eine Steigerung erfahren habe, daß jedoch damit nicht eine Besserung der Lebensbedingungen der Arbeiter parallel gehe. Er verlangte, daß den Arbeitern Leistungsprämien gewährt werden müßten. Für die republikanische Volksbewegung teilte Robert Lacour mit, daß er die Wirtschaftspolitik der Regierung Ramadier billige. Ministerpräsident Paul Ramadier wies daraufhin, daß das Lohn- und das Preisproblem untrennbar miteinander verbunden seien. Es sei nicht möglich, im gegenwärtigen Augenblick die Gesteuerkosten durch eine Lohnhöhung abzuändern, denn „dies würde bedeuten, daß die französische Währung aufs Spiel gesetzt würde. Die Preise müssen unbedingt gehalten werden.“ Nach Auffassung des Ministerpräsidenten tritt durch die derzeitigen Debatte ein weiteres nicht weniger wichtiges Problem in Erscheinung: das des parlamentarischen Systems überhaupt. Ministerpräsident Ramadier stellte in diesem Zusammenhang fest:

„Der Kontrakt, den der Ministerpräsident und die Versammlung mit einander geschlossen haben, muß unter allen Umständen respektiert werden. Das Prinzip der Regierungssolidarität ist unter allen Umständen einzuhalten: Solange ein Minister der Regierung angehört, muß er diese Solidarität unbedingt respektieren.“

Für die Vereinigung der Linksparteien lehnte der Abg. Queuille die gelenkte Wirtschaft ab, schloß aber mit der Versicherung: „Die Vereinigung der Linksparteien wird die Bemühungen der Regierung Ramadier um die Verteidigung der Währung unterstützen.“

## Eröffnung des Karl Marx-Hauses

TRIER — Die Stadt feierte am Montag den Geburtstag des im Jahre 1818 in seinen Mauern zur Welt gekommenen Karl Marx, dessen revolutionäre Ideen nach schweren Widerständen ihren Siegeszug durch die ganze Welt antraten und dessen Name in den vergangenen 12 Jahren des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland geächtet war. Den Anlaß zu den Feierlichkeiten bildet die von den sozialistischen Kreisen des ganzen Kontinents geförderte Wiederherstellung des Geburtshauses von Karl Marx. Es war 1933 von den Nationalsozialisten seines kostbaren, aus Dokumenten-Sammlungen und anderen unersetzlichen Erinnerungstücken bestehenden Inhaltes beraubt und als Heiligum des internationalen Sozialismus geschändet worden. Während des Krieges hatte es auch äußerliche Schäden erlitten, die zu behoben sich ein internationales Komitee, dessen Bildung von Trier aus angeregt wurde, zur Aufgabe gesetzt hatte.

## Interniertenlager für Papen

NÜRNBERG — Der bayerische Minister Alfred Loritz, dem die politische Säuberung untersteht, gab auf einer Großkundgebung in Nürnberg bekannt, daß er die Entlieferung des auf 8 Jahre in ein Arbeitslager eingewiesenen Franz von Papen in das Interniertenlager Regensburg sofort veranlaßt habe, nachdem er von dessen Übersiedlung in das einzige von der amerikanischen Militärregierung für Bayern zur Verfügung gestellte Interniertenkrankenhaus in Garmisch Kenntnis erhalten habe. Unter den vielen Vorwürfen, die Loritz während seiner Rede gegen die von ihm entlassenen Spruchkammerpräsidenten und öffentlichen Kläger sowie gegen verschiedene Vertreter der Parteien Bayerns erhob, behauptete er, daß Staatskommissar Philipp Auerbach nicht berechtigt sei, den Dokortitel zu führen.

## Arbeiterwohlfahrt verlangt Rückgabe ihrer Heime

KASSEL — Auf der dreitägigen ersten Interzonen-Jahreskonferenz der Arbeiterwohlfahrt in Kassel erklärte der erste Vorsitzende, Oberbürgermeister Görtingen aus Köln, daß die Aufgabe der Tagung in der Schaffung einer einheitlichen Grundlage für die Arbeit der Organisation bestehe. Frau Lotte Lemke forderte die Rückgabe der Arbeiterwohlfahrts-Heime aus der Zeit vor 1933. Es wäre völlig absurd, die Arbeiterwohlfahrt heute als Treuhänder über ihr Eigentum einzusetzen. Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen wies Lotte Lemke darauf hin, daß der Aufbau der Organisation der Arbeiterwohlfahrt in der britischen und amerikanischen Zone fast abgeschlossen sei. Die Arbeiterwohlfahrt zähle in der britischen Zone 50 000, in der amerikanischen Zone 30 000 Mitglieder. Im vergangenen Jahre standen, wie Frau Lemke hinzufügte, 440 000 Personen in der amerikanischen Zone unter der Fürsorge der Arbeiterwohlfahrt.



Nanu... dachten viele, als sie am Samstag zu der sonst üblichen Zeit noch nicht im Besitz des „BT“ waren. Manche gingen sogar noch weiter mit ihren Überlegungen und begannen mit Mutmaßungen, die in normalen Zeiten ein erstauertes Kopfschütteln zur Folge gehabt hätten.

Sicherlich wird sie aber jene Verspätung vom Samstag, und vor allem das nicht alltägliche Gesicht des „BT“ entschuldigen, wenn wir nun die Zusammenhänge erklärt haben. Indes unsere Sorge ist, die Störung möglichst rasch zu beheben.

Theaternachrichten — Am Donnerstag, den 8. Mai, findet die Premiere von Schillers „Don Carlos“ in einer Neuinszenierung durch Carl Peter Blitz statt.

Druckfehlerberichtigung. In dem im „Badener Tagblatt“ vom 30. April veröffentlichten Aufsatz „Flügelrad in Baden — Wiederaufbau der Eisenbahngewerkschaft beendete“ soll es in der dritten Zeile statt „Eisenbahngewerkschaft“ richtig „Eisenbahnergewerkschaft“ heißen.

Ortspostgewerkschaft B-Baden gegründet

Am Sonntag morgen hatten sich die Beamten, Angestellten und Arbeiter des hiesigen Postamtes zur Gründung der Ortspostgewerkschaft eingefunden. Kollege Armbruster von der Bezirkspostgewerkschaft in Offenburg schilderte ausführlich den Aufbau und Zweck der Postgewerkschaften.

Industrie-Ausstellung in der Trinkhalle

Die Industrie- und Handelskammer Baden-Baden veranstaltet in der Zeit vom 10. bis 30. Mai eine Industrie-Ausstellung, die eine Übersicht über die qualitative Leistungsfähigkeit der badischen Industrie ermöglichen soll.

Wer kann eine Brille abgeben?

Wie wohl allgemein bekannt ist, stößt die Beschaffung von Brillengläsern auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Für viele Arbeiter ist eine richtig verordnete Brille ebenso wichtig wie ein Paar Schuhe.

Es ergeht deshalb an die Bevölkerung die Bitte, alle diese Brillen dem Badischen Hilfswerk zur Verfügung zu stellen, das dieselben an die hiesigen Optiker zur zweckmäßigen Verabfolgung weiterleiten wird.

Annahme beim Badischen Hilfswerk, Lichtentaler Straße 64, von 9-12 und 14-18 Uhr.

Todeserklärungen wegen Verschollenheit

In Nr. 34 des Badener Tagblatts vom 30. April 1947 ist ein belehrender Aufsatz zum Verschollenheitsgesetz erschienen, in dem das Verfahren bei Todeserklärungen eingehend geschildert wird. Wir bringen hier zu folgende Richtigeinstellung:

Anträge auf Todeserklärungen von Kriegsvermissten i. S. von § 4, Abs. 1, des Verschollenheitsgesetzes vom 4. Juli 1939 unterliegen laut Landesverordnung vom 19. 3. 47 der Bearbeitungsperre. Nach der in Nr. 10 des Amtsblattes der Landesjustizverwaltung Baden veröffentlichten Landesverordnung können Todeserklärungen gemäß § 4, Abs. 1, des Verschollenheitsgesetzes erst von einem durch die Landesjustizverwaltung zu bestimmenden Zeitpunkt ab erfolgen.

Die Bevölkerung wird deshalb gebeten, von weiteren Anträgen nach § 4, Abs. 1, abzusehen, bis durch die Presse eine Nachricht über die Wiederaufnahme der Verfahren in Todeserklärungen ergangen ist.

„Eine Bitte an die Stadtwerke“

Unter dieser Überschrift veröffentlichten wir in unserer Mittwoch-Ausgabe vom 23. 4. die Einsetzung eines Lesers. Von den Stadtwerken erhielten wir daraufhin folgende Erwiderung:

„Die Ablesungen der Gasuhren erfolgen seit Einführung der Einsparungsmaßnahmen mit größter Pünktlichkeit. Gelegentliche Verschiebungen des Ablestermins sind auf Feiertage zurückzuführen, werden jedoch bei der kontingierten Gasmenge sehr wohl berücksichtigt, so daß den Abnehmern keinerlei Benachteiligungen entstehen.“

Wenn also ein Gasverbraucher sorgfältig seine Gasuhr überwacht und die geführte Abrechnung zur Rechnung nicht zugestellt, ganz unabhängig vom Ablestermin.

Wir wollen jedoch trotzdem Ihrem veröffentlichten Vorschlag zustimmen und werden unser Personal anweisen, in Zukunft beim Betreten der Häuser, in denen die Gasuhren außerhalb der abgeschlossenen Wohnungen angebracht sind, sämtliche Wohnungsinhaber durch Glockensignal zu verständigen. Wir sind uns natürlich klar darüber, daß diese Maßnahme nur einen beschränkten Erfolg haben wird, da nicht immer alle Wohnungen besetzt sind.“

Argentinische Liebesgaben-Spende

BADEN-BADEN — In Freiburg ist eine Liebesgaben-Spende aus Argentinien eingetroffen. Sie umfaßt 5600 Pakete mit je 5 kg Nahrungsmitteln. 1135 Pakete davon sind an Krankenhäuser und Nötküchen abgegeben worden. Die übrigen Pakete wurden auf kleinere umgepackt. Mit diesen Paketen wurden auf kleinere umgepackt. Mit diesen Paketen wurden auf kleinere umgepackt.

Wichtig für Revisionen

Im Entnazifizierungsverfahren wird vielfach Einspruch bei unzuständigen Dienststellen, insbesondere auch bei der Badischen Staatskanzlei, eingelegt. Wir weisen daher zur Vermeidung von Rechtsnachteilen hier nochmals auf die Bekanntmachung des Staatskommissariats für Politische Säuberung vom 16. April 1947 (vergl. Nr. 33 vom 26. April unseres Blattes) hin. Es liegt danach im wohlverstandenen Interesse der Betroffenen, daß sie ihre Anträge ausschließlich und möglichst umgehend an die örtlichen Untersuchungsausschüsse bei den Landrätsämtern bzw. den Bürgermeisterämtern der Städte Freiburg, Konstanz und Baden-Baden richten.

„Das Theater von heute und morgen“

Einer Einladung der Intendanz der Theater und des Kulturrates von Baden-Baden folgend, hielt der Direktor des Züricher Schauspielhauses Dr. Oskar Wälterlin im Kleinen Bühnensaal des Kurhauses einen Vortrag über „Das Theater von heute und morgen“.

Dr. Wälterlin, der sich, wie aus den Begrüßungsworten des Herrn Dr. von Prittwitz-Gaffron hervorging, um das Theaterleben in der Schweiz verdient gemacht hat, der auch während des Krieges die Theaterströmungen aus allen Ländern im Züricher Schauspielhaus zusammenfließen ließ und in ihrer Pflege seine Aufgabe sah, ging in seinen Darlegungen von den grundsätzlichen primitiven Lehren aus, die von einem Theater nicht nur erwartet werden, sondern die überhaupt erst geschriebenes Wort in Spiel, in Theater umsetzen.

Rhetorik, Geste, Bühnenbild, Kleidung, geben das Gerippe, auf dem sich das aufbauen kann, was wir mit Theater bezeichnen und darunter verstehen. Kann, nicht muß. Denn hier ist es erst das menschlich-künstlerische Gefühl des Regisseurs, des Bühnenbildners, das zu einem hohen Grad über Dilettantismus hinaus soweit ausgebildet sein muß, um aus den genannten Faktoren — die einzeln für sich wirksam sein mögen, ohne es unbedingt im Zusammenklang sein zu müssen, — ein harmonisches Ganzes werden zu lassen.

Der Direktor des Züricher Schauspielhauses will das Theater von Unnatürlichkeit befreit wissen,

er will es von überflüssigem Ratsch entzaubern, um die Menschen durch eine reale Darstellung lebensnaher Schicksale auf der Bühne, durch die alleinige Wirkung d. Geschehens zu bezaubern. Mit dieser Forderung, die er an das Theater stellt, will er den Menschen von heute mit Hilfe des Theaters den Weg zum Morgen zeigen, um sie langsam, unmerklich auf diesen Weg zu bringen.

Ein Theater, das nur auf Illusion aufgebaut ist, ist ebenso wertlos geworden, wie es nicht fruchtbringend sein kann, einem Publikum ein Spiel vorzusetzen, das seine Gestalten in Schwarz-weiß beenden zu lassen Beglückung des Guten, Verachtung des Bösen, Das ist nicht das Leben! Spielt Menschen mit Geist, Sinn und Verstand, aber auch mit ihren Schwächen, ohne sie gleich ganz fallen zu lassen, sobald das Moment eines Unrechts in Erscheinung tritt. Und spielt die Tragik dieser Schicksale nicht bis ins Letzte aus, serviert also dem Publikum nicht ein unbedingtes Ende, das keine anderen Überlegungen mehr zuläßt, sondern läßt immer noch soviel Problematik offen, um den Theaterbesucher über diese Problematik zum Nachdenken anzuregen.

Damit schloß Dr. Wälterlin seine ausgezeichneten Darlegungen. Es wurde der Wunsch nach dem Direktor des Züricher Schauspielhauses in der kommenden Spielzeit einmal als Gastregisseur in Baden-Baden begrüßen zu dürfen.

GESCHÄFTLICHES

In unserem Verlag neu erschienen: „Michelsen, wenn, auch, aber...“ RM -80, Wilhelm Fehrholz & Co., Abt.: Buch- und Kunsthandlung, Baden-Baden, Sofienstr. 15. S 4531

Seeben eingetroffen: Johann, was ist Demokratie? Eine volkstümliche u. leicht verständliche Darstellung. RM -80, Wilhelm Fehrholz & Co., Abt.: Buch- und Kunsthandlung, B-Baden Sofienstr. 15. S 4530

GRUNDSTÜCKSMARKT

Obst- und Baugrundstück an der Ooser Rheinstraße gegen gleichwertiges Objekt halbe Höhenlage Innenstadt oder Lichtental zu tauschen gesucht. Angeb. unter S 4605 an das BT.

HEIRATEN

Arbeiter 42 J., wünscht heimatloses Fräulein od. Frau (ohne Anhang) kennen zu lernen zwecks Heirat. Wohnung vorhanden. Angeb. unter S 4644 an das BT.

Ausländer, alliierter Staatsangehöriger, Besitzer vermöglicher Groß- und Außenhandelsfirma in Deutschland, in den besten Jahren, wünscht eine gleichgestellte Bekanntschaft aus guten Kreisen. Zuschriften mit Bild unter L 4417 nur von seriösen Interessenten. Volle Diskretion.

Auskunft erbeten über

Feldpost-Nr. 35796! Wer kennt Obdt. Adolf Schröder (geb. 14. 9. 01) und weiß etwas über seinen Verbleib? Um Nachricht jeder Art bittet Erika Endemann (20a) Suhlendorfer, Krs. Uelzen, Bez. Hannover. S 4569

STELLEN-ANGEBOTE

Einstellung von Arbeitskräften nur mit Zustimmung des zuständ. Arbeitsamtes.

Die Stadtverwaltung sucht für die Auslands-Abteilung 1. Dolmetscher(in) oder Übersetzer(in) für französisch, 2. 1 Schreibmaschinist(in) mit einigen französischen Kenntnissen. Gehalt nach Vereinbarung. Angebote im Rathaus Zimmer Nr. 64. Der Oberbürgermeister

Dolmetscher (Französisch in Wort u. Schrift beherrschend) mit guten Umgangsformen und sicherem Auftreten von deutschem Unternehmen in Baden-Baden gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter S 4635 an das BT.

Gesucht Friseurin. Einstellung sofort. Franz. Sprachkenntnisse erwünscht. Salon Jos. Gromann, Balzenbergstraße 60.

Gartenarbeiter gegen gute Bezahlung und Verpflegung gesucht. Angebote unter S 4608 an das BT.

Architekt zur Planung eines Bauvorhabens im Stadtbereich gesucht. Angeb. unter S 4606 an das BT.

Sekretär oder Sekretärin mit französischen Sprachkenntnissen für pharmazeutisches Verkaufsbüro gesucht. „Bayer“ Pharma-Büro B-Baden, Lichtentaler Allee 11. S 4604

Intelligenter Junge, welcher das Schlosserhandwerk erlernen will, kann sofort eintreten bei W. Schloßermstr. B-Oos, Sofienstr. 3. S 4569

Gesucht werden: Gärtner, Gartenhilfsarbeiter und Arbeiterinnen für Dauer- und Aushilfsarbeiten, sowie 2 Gärtnerlehrlinge. Persönliche Vorstellung erbeten, jeweils vormittags von 9-10 Uhr. Höhere Staatslehranstalt für Obst- und Gartenbau Baden-Baden, Staufenbergstr. 50. S 4574

Buchbinder in Dauerstellung und weibl. oder männl. Hilfskräfte für Papierarbeiten gesucht. Buchdruckerei Wilhelm Steinhauser B-Baden. S 4558

STELLEN-GESUCHE

Einstellung von Arbeitskräften nur mit Zustimmung des zuständ. Arbeitsamtes.

Koch, perfekt in franz. u. deutscher Küche sucht Stellung in B-Baden. Angebote unter S 4650 an das BT.

Suche Tätigkeit mit Verpflegung. Perfekt in Wort u. Schrift in französisch, (Dolm.), engl. deutsch, Schreibmaschine, Haushalt. Angeb. unt. S 4643 an das BT.

Praktikantenstelle gesucht von Schülerin der höheren Handelsschule nach Abschluß der Schulzeit (Juli). Gute Zeugnisse. Perfekt in Stenographie und Schreibmaschine. Ang. unter S 4636 an das BT.

Geb. Hausdame, zuverlässig, sucht Stellung bei guter franz. Familie. Kann das Kochen übernehmen. Angebote unter S 4566 an das BT.

Deutsche Popoltriére sucht Stellung bei Kost u. Logis. Angeb. unter S 4567 an das BT.

Ältere Dame sucht in französischer Familie Halbtagsbeschäftigung (Stück- und Stopparbeiten). Angebote unter S 4513 an das BT.

Demoiselle plus âgée cherche position comme directrice d'un ménage français sans des enfants ou chez un homme isolé et plus âgé. Offres sous S 4514 au BT.

VERLOREN - GEFUNDEN

Verloren 1 goldenes silbernes Damenarmband zwischen B-Baden, Schloßstr. 11 und Iffezheim. Abzugeben an Mme. Gérard, Professeur am Lyzeum Baden-Baden gegen Belohnung. S 4580

Rechter beiger Lederhandschuh verloren auf dem Wege Ebertplatz bis Schweigrotherhof. Abzugeben bei Frau Luise Bemke, Tannenweg 6. S 4576

Verloren am 15. 4. nachm. von Kreuzstraße bis Maria Viktoriast. großer blauer Damenstrophhut. Abzugeben gegen Belohnung beim Portier vom Hotel Atlantik, Kreuzstr. S 4560

Erste Wahlkundgebung der BCSV. Baden-Baden

Die Badische Christlich-Soziale Volkspartei unserer Stadt veranstaltete am vergangenen Sonntag ihre erste Kundgebung zu den kommenden Wahlen am 18. Mai. Die Versammlung fand im evangelischen Gemeindehaus statt. Fräulein von Glasenapp sprach über die zwei Wege, vor die unser Volk zum Gang in die Zukunft gestellt ist. Sie knüpfte an das Schlußwort des Präsidenten Wobbe aus seiner Rede in der Landtagsversammlung an, daß es nur zwei Wege, Selbstmord oder Gott, gäbe und die BCSV. Gott wähle. Fräulein v. Glasenapp legte dar, daß diese Wahl eine Entscheidung entweder für ein Versinken in Nihilismus oder ein positives Christentum bedeute. Nur durch eine tatkräftige Erneuerung der menschlichen Würde, die Gestaltung einer aufbauenden Ordnung, könne der Mensch wieder in den Mittelpunkt des Gemeinschaftslebens und der Gesellschaftsordnung gerückt, mit neuen Hoffnungen erfüllt, zu einem gesunden Leben und damit hin zu Gott geführt werden. Dazu bedürfe es der ganz persönlichen Lebenserneuerung durch Liebe und freudiger Mitverantwortung. Nicht träge beiseite dürften die deutschen Menschen heute stehen, sondern sie müßten lebendig mitschaffen, denn die Möglichkeiten zum Aufbau einer echten Demokratie seien gegeben. Darum sei es auch Pflicht, am 18. Mai zu wählen, sich für die Grundlagen dieses Neubaues zu entscheiden, die in einer guten Verfassung und einem zielbewußt arbeitenden Landtag liegen.

Ministerialdirektor a. D. Dr. Fecht besprach in seinem Referat die bereits erlassenen Gesetze, die Gesetzesvorschläge, den Verfassungsentwurf und den der Gemeindeordnung. Er stellte die Grundsätze einer christlich durchdrungenen Gestaltung der Grundrechte, der Familie, Erziehung und Bildung, des Frauenlebens, der Verfassung, der sozialen Ordnung in Arbeit und Wirtschaft klar heraus. Zugleich aber betonte der Redner, daß die BCSV. trotz der ihr zur Verfügung stehenden Mehrheit auf einzelne ihrer Anträge verzichtet habe, um damit ihren Willen zur ehrlichen Zusammenarbeit mit den anderen Parteien zu bekunden. Alle berechtigten Wünsche, soweit sie tragbar und mit der Grundhaltung der BCSV. vereinbar waren, seien mit in den Gesetzentwurf aufgenommen worden. Dr. Fecht setzte sich anschließend mit den Parteien auseinander, die dann trotzdem den Verfassungsentwurf abgelehnt haben. — Die beiden Referate wurden von der Versammlung mit herzlichem Beifall aufgenommen.

Mit der zweiten, für Baden-Baden repräsentativen Wahlkundgebung tritt die BCSV. am kommenden Sonntagabend im roten Saal des Kurhauses an die Öffentlichkeit, bei der Präsident Dr. Person aus Freiburg über „Politische Auseinandersetzungen bei Wahlentscheidung“ und Oberbürgermeister Dr. Schilpp über „Die letzte Chance Europas“ sprechen werden. Am Himmelfahrtstag finden noch Einzelkundgebungen in den Außenstadteilen Oos, Balg, Weststadt und Lichtental statt.

Ausschusses und gab einen Rückblick über die Lage des Schriftstellers, seitdem 1933 die SA unter der Mithilfe Hans Heinz Ewers eine Bedrückung eingeleitet hatte, die furchtbar gerade auf dem Stande der Schriftsteller lastete. Wichtigste Anliegen wurden dann erörtert, wie Aufhebung der Zensur, Entpolitisierung des Geistes u. a., aber auch Fragen praktischer Art, um die verantwortungsvollen Aufgabe des Schriftstellers nicht bis an die Grenze des Untragbaren zu erschweren und in Frage zu stellen. Diese am zweiten Tage fortgesetzten Besprechungen wurden in ihren dringlichsten drei Hauptpunkten zusammengefaßt und in einer Resolution niedergelegt, die der Militärregierung unterbreitet werden soll.

„Herz auf Reisen“ im Kleinen Theater

Im Kleinen Theater fand die Uraufführung einer französischen Operette statt, die sehr beifällig aufgenommen wurde: „Herz auf Reisen“ von Pascal Bastia, der selbst zugleich die Rolle des Antoine spielte. Seine Melodien schleichen leicht ins Ohr, sind sangbar und vor allem ganz aus seinem eigenen Text und den flotten, unterhaltsamen Couplets geboren. Man wird freilich keine Instrumentationsfälle erwarten, wie sie einem Lehar zufließen. Das Arrangement von Nelly Marco kleidet die Gesänge in das entsprechende instrumentale Gewand. Die junge Millionärstochter Anne-Marie wurde mit all ihren Capricen gegen ihren Reporter (Bernhard Plantey), dem sie ja doch nicht entrichten kann, von Jeanne Menant frisch gespielt und gesungen. Um dies Hauptpaar bewegt sich eine fülle amüsanten Gestalten, die die 17 schnell wechselnden Bühnenbilder recht farbig beleben. So gelangen wir angeregt bis Bombay, Honolulu, Tampico und Manhattan, um zum happy end wieder in Cannes zu landen. Im Orchester, das von Jean Trissan temperamantvoll geleitet wurde, klangen einmal spanische, dann wieder ostasiatische und andere exotische Farben auf. Zum glücklichen Schluß wurde Pascal Bastia im Kreise seiner zahlreichen Mitwirkenden gefeiert, von denen jeder einzelne beifällig begrüßt wurde. Friedrich Baser.

50 jähriges Dienstjubiläum

von Kreisschulrat Rodach

Am 1. Mai feierte Kreisschulrat Rodach, Baden-Baden sein 50jähriges Dienstjubiläum. Am Vortage trafen sich die Vertreter der Lehrerschaft des Schulkreises im Kreisschulratsgebäude, um ihren Chef zu beglückwünschen. Oberregierungsrat Krauthaimer, Freiburg, überreichte das Glückwunschscheine der Regierung und würdigte als Vertreter des Unterrichtsministeriums die großen Verdienste des hochbetagten Jubilars, der als Lehrer, Rektor und Kreisschulrat stets mit aufopferndem Idealismus seinen Berufspflichten aufs gewissenhafteste nachkam.

Mit welcher Hochachtung und Wertschätzung man des verdienten Schulmannes zu seinem Festtage gedachte, zeigten die Ansprachen der einzelnen Fachschaftsbeauftragten der Volks-, Berufs-, Fach- und der höheren Schule, sowie der hohen Geistlichkeit. Eine besondere Note aber erhielt die Feierstunde durch die Anwesenheit der beiden Schul- bzw. Kontrolloffiziere des Schulkreises — Kapitän Quenzer, Baden-Baden und Oberleutnant Bersuder, Rastatt, — die Kreisschulrat Rodach zu seinem Jubelfeste persönlich gratulierten.

Südwestdeutscher Autorenverband gegründet

In Baden-Baden wurde der Verband südwestdeutscher Autoren gegründet. Colonel Francois von der Section de Beaux-Arts der Direction l'Information begrüßte die aus allen Gegenden der französischen Zone im Café Gretel zusammengekommenen Autoren und betonte, daß es im Sinne der französischen Militärverwaltung liege, die Vereinigung der südwestdeutschen Autoren zu unterstützen. Alfred Döblin, der bekannte Berliner Dichter, der seit zwei Jahren in Baden-Baden wirkt, sprach zu den Teilnehmern und entwickelte seine Ideen zu dieser Gründung, die lebhaften Beifall auslösten. Schriftsteller Heinrich Berl, Baden-Baden, legte in einer längeren Ansprache die heutigen Gesichtspunkte dar und leitete von allgemeinen Grundsätzen zu besonderen Fragen des Zusammenchlusses und seinen praktischen Zielen über. Anschließend sprach noch Dr. Zahn im Namen des

Generalversammlung der Naturfreunde

Der Obmann der Baden-Badener Sektion, Sepp Rill, gab in der Generalversammlung am 27. 4. im Großen Rathaussaal einen interessanten Überblick über den Aufbau und die Arbeit des Wandervereins. Er zählte die seit Neugründung des Vereins durchgeführten Wanderungen und Veranstaltungen auf, insgesamt 26 Halbtagswanderungen, 10 Tageswanderungen und 4 mehrtägige Wanderungen, 3 Bezirkstreffen und 1 große Bezirkswanderung, 1 Lichtbilder-Vortrag, 1 Filmvorführung (Berg Freifilm), 4 sonstige Vorträge und 2 Führungen durch Ausstellungen. Dabei stellte er fest, daß man die Blünder und die Schönheiten der Natur nicht in einem nüchternen Geschäftsbericht schildern könne, sondern daß man dies alles selbst miterleben müsse. Daß trotz der Schwere der Zeit sich eine frohe Wandergruppe um ihn geschart habe, danke er der treuen Unterstützung einiger Altwanderer, ebenso einer jungen Schar wanderlustiger Burschen und Mädchen.

Sonntagsarbeit die schönen Naturfreundehäuser schufen. Die Jugendlichen müßten sich vorbereiten, einmal das Erbe ihrer Väter würdig anzutreten und fortzuführen.

Der Obmann führte weiter aus, daß alles bis jetzt Geleistete für den Anfang sehr zu begrüßen sei, aber noch nicht für die großen Ziele der Naturfreunde-Bewegung genüge; dazu sei noch mehr aktive Arbeit, in den regelmäßigen Vereins-, Sing- und Volkstanzabenden erforderlich. Zur Jugend gewandt, forderte Dill auf, mit der gleichen Freude und Opferbereitschaft an die Arbeit zu gehen, wie es in früheren Jahren die Altwanderer taten, als sie in mühevoller aufopfernder

Anschließend gab Wandergenosse Leidel den Kassenbericht, während Genosse Schmieder die Leitung der Neuwahl übernahm. Er dankte dem Obmann Rill für die vorzüglich organisierte Aufbauarbeit und betonte, daß seine Wiederwahl wohl keiner besonderen Diskussion bedürfte. Wandrerfreund Schmieder erhielt die vollzählige Unterstützung der Versammlung und als Sepp Rill seiner Wiederwahl zustimmte, wurde dies dankbar begrüßt.

Der wiedergewählte Obmann verriet noch einiges über zukünftige Pläne für das bevorstehende Bezirksmaitreffen in Michelbach und das geplante Landestreffen in Freiburg im Sommer, zu welchem französische und schweizer Naturfreunde als Gäste erwartet werden. In diesem Zusammenhang hob er noch die verständnisvolle Zusammenarbeit mit dem früheren sowie dem jetzigen Sport- und Jugendoffizier der Militärregierung hervor. Dank dieses verständnisvollen Entgegenkommens ist es ihm auch gelungen, für die Kriegsgefangenen im Lager Malschbach einen Lichtbilder-Vortrag zu halten.

Mit einem kräftigen „Berg Frei“-Ruf schloß der Obmann die harmonisch verlaufene Generalversammlung. H. e.

FAMILIEN-ANZEIGEN

Als Verlobte grüßen ELISABETH PETER KONRAD POPP Baden-Oos, 1. Mai 1947. S 4613

Mein langjähr. tr. Mitarbeiter Stephan Bauer, Schlosser, geb. 1. 2. 64, gest. 4. 5. 47. In tiefer Trauer: Karl Meier, Schlossermeister nebst Angehörigen u. Mitarbeiter. B-Baden, 5. Mai, Balzenbergstr. 32. S 4673

Frau Frieda Leitz geb. Geiger, geb. 2. 1. 73, gest. 4. 5. 47. In tiefem Schmerz: Eugen Leitz, Kinder und Enkel. Beerdigung Mittwoch, 7. 5. 47, nachm. 15 Uhr. B-Baden, 5. 5. 47, Lange-straße 38. S 4693

Amele Kah, geb. Becker, geb. 2. 10. 73, gest. 2. 5. 47. Josef Kah, Metzgermeister, Weinbergstr. 5. S 4664

WAHLVERSAMMLUNGEN

Kommunistische Partei Baden-Baden Heute Mittwoch, den 7. Mai, abends Kurhaus, Kleiner Bühnensaal. Es tritt frei! Freie Diskussion! Landtagsabgeordnete Käthe Seiffried spricht am Dienstag, den 13. Mai, 20 Uhr im Kurhaus Kleiner Bühnensaal. S 4532

Badische Christlich-Soziale Volkspartei Baden-Baden. Wahlkundgebung zur Landtagswahl und zur Abstimmung über die Verfassung. Sonntag, 11. Mai, Kurhaus Baden-Baden, Politische Voraussetzungen bei Wahlentscheidungen. Redner: Präsident Dr. Person, Freiburg, Die letzte Chance Europas. Redner: Oberbürgermeister Dr. Schlapper. Es ladet hierzu freundlichst ein Badische-Christlich-Soziale Volkspartei Baden-Baden. S 4505

AN- und VERKÄUFE

Gartentisch und -Stühle zu kaufen gesucht. Angeb. unter S 4543 a. d. BT.

Garten-Sonnenschirme zu kaufen od. je nach Vereinbarung zu leihen gesucht. Mess des Sous-Officers, Kasernen Baden-Oos. Schneider, Chef Cuisiner. S 4573

Roßhaarmatratze und gr. Schlafsofa, gr. Stuhlklappe abzugeben gegen Briefmarken. Langestr. 28 II. S 4539

Wir kaufen laufend antiquarische Bücher aller Wissensgebiete und schönste Lit. Wilhelm Fehrlitz & Co., Abt. Kunst- u. Kunsthandlung, B-Baden, Sofienstraße 15. S 4529

Größere Mengen Altpapier abzugeben. Allgemeiner Europäischer Presse-Vertrieb Baden-Baden, Fremersbergstraße 6. S 4327

VERANSTALTUNGEN

Frauenring Baden-Baden lädt ein zum Freitag, d. 9. Mai abends 20 Uhr. Altersheim Quersäßstraße Referat über die Verfassung. Mitglieder und Gäste. S 4676

Kath. Arbeitsgemeinschaft B-Baden Freitag, 9. Mai, 20 Uhr Kl. Bühnensaal Vortrag Prof. Dr. Oswald v. Nell-Bresingen.

„CHRISTLICHER SOZIALISMUS“ Karten zu 2 und 3 RM an der Kurhauskasse. S 4591

Kino des Westens 15, 17, 19 und 21 Uhr „Dahinten in der Heide“ mit Hilde Weissner und Hans Stüwe. Jugendfrei! Ab Freitag: „Das Leben ruft“ S 4706

Film-Palast Tägl., außer Sonn- und Donnerstagen: 15.30 und 17.30 Uhr. Nur noch heute: Die Karten des Schicksals Ab Freitag: Meine größte Liebe Eine Filmgeschichte. Franz. Film mit deutschen Untertiteln. Jugendverbot bis 16 Jahre. Voranzeige Pflingstprogramm Alibi Ein großer Kriminalfilm mit dem bekannten Darsteller Erich v. Stroheim. S 4639

Aurelia-Lichtspiele Täglich 14.30 und 17.00. Donnerstag ab 19.00 und 21.00 Uhr Sonntags keine Vorstellungen. Bis einschl. Donnerstag Oberst Chabert Jugendfrei ab 14 Jahre. Vorverkauf für die beiden Abendvorstellungen am Donnerstag: Donnerstag von 9.30 bis 10.30 Uhr. Ab Freitag: Der Schuldige bin ich Das Lebensschicksal eines großen Staatsanwalts. Jugendfrei ab 14 Jahre. Ein guter franz. Film mit deutschen Untertiteln. S 4638

Hockenheim-Ring-Rennen Motorräder - Sportwagen sämtliche Spitzenfahrer am Start 1. Meisterschaftsläufe 1947. Eintrittskarten ab Mittwoch 7. 5. bei Heinz Sänger, Rennfahrer SMRV, Wilhelmstr. 2 II. Ausk. über Hin- und Rückfahrtsmöglichkeiten S 4668

Senkung der Lohnsteuer ab 1. Juni? Hessens Finanzminister hofft auf US-Kredite

FRANKFURT — Wenn die Vereinigten Staaten 150 Mill. Dollar revolving Kredit zum Einkauf der sogenannten „Engpaß-Waren“ zur Verfügung stellen, könnten die Lebensmittelpreise ab 1950 voll beglichen werden, erndete Ministerpräsident Dr. Werner Heilmann auf einer CDU-Versammlung in Frankfurt. Er habe diesen Vorschlag bereits amerikanischen Wirtschaftlern und Finanzachverständigen unterbreitet. Man möge im Ausland das deutsche Volk wie einen Schuldner behandeln, an dem man interessiert ist. Ohne Aufstellung und Befolgen eines Anlaufprogramms gebe es keine Möglichkeit, aus dem augenblicklichen Zustand herauszukommen.

Man müsse sich darüber klar sein, daß die Bevölkerung einen dritten Winter in dieser Form nicht überleben könne. Eine Reform der Währung habe nur dann einen Sinn, wenn für das neue Geld Ware zu erhalten ist. Vor allem sei das vagabundierende Geld zu blockieren, wie dies schon im September 1945 von deutschen Stellen vorgeschlagen worden ist. Die amerikanische Militärregierung für Deutschland habe zum 1. Juni 1947 eine Ermäßigung der Lohnsteuer in Aussicht gestellt, denn die jetzigen hohen Steuern verbitterten den Arbeiter psychologisch mehr als materiell.

Vor einem Wirtschaftsabkommen mit Frankreich Ruhrkohle gegen französische Waren

PARIS — Die französische Regierung trifft Vorbereitungen, um mit den Besatzungszonen Deutschlands Handelsbesprechungen einzuleiten. Diese werden zunächst mit der anglo-amerikanischen Zone beginnen und die bereits Abkommen mit Belgien, Luxemburg und Holland abgeschlossen hat. Die Verhandlungen werden dann mit der französischen Zone fortgesetzt werden. Diese besitzt noch kein Abkommen mit Frankreich.

Schließlich wird die französische Regierung neue Verhandlungen mit der Sowjetzone einleiten, die bis jetzt nur ein einziges Handelsabkommen mit Schweden abgeschlossen hat. Ein Hauptpunkt bei den Verhandlungen mit der anglo-amerikanischen Zone ist das Bemühen Frankreichs, den Einkaufsbetrag für die Ruhrkohle im Austausch gegen französische Waren abzutragen, damit Frankreich bei seinen Devisennot die Ruhrkohlen nicht in Dollar bezahlen muß.

Deutsche Werkzeugmaschinen für Reparationen

Eine Erklärung der Militärregierung BADEN-BADEN — Die Militärregierung für die französische Zone gibt bekannt, daß die zur Zeit laufende Erfassung und Auswahl von Werkzeugmaschinen auf Grund der vom französischen Oberkommando in Berlin und der dem Interalliierten Reparationsausschuß in Brüssel gegenüber eingegangenen Verpflichtungen durchgeführt wird, wie dies auch gleichzeitig von britischer Seite auf Grund gleicher Verpflichtungen gehandhabt wird.

Qualität auf der Landesausfuhrschau

Tombola für die Besucher BADEN-BADEN (Eig.-Ber.) — Die Aussteller der Landesausfuhrschau „Biba“, über deren Eröffnung wir berichtet haben, wurden unter dem Gesichtspunkt der Ausfuhrwürdigkeit ausgewählt. Insgesamt sind es 170 Einzelaussteller, an der Gemeinschaftsausfuhr sind 190 und an der Sonderausfuhr „Freundverkehr“ rund 350 Betriebe, mit der Sonderausfuhr des Fremdenverkehrs 530 Betriebe erfaßt.

Es ist begreiflich, daß die exportfähigen Industrie- und Handwerksbetriebe an erster Stelle stehen: Uhrindustrie, Feinmechanik, Optik, Elektroindustrie, Textilindustrie, Lederindustrie, Holzindustrie, Tabakindustrie, Holzschiffe und Motore sowie die aus dem Rohstoff Holz sich ergebenden Erzeugnisse. Es ist einleuchtend, daß wir uns von den Ausstellungsgegenständen nicht blenden lassen und den Gang durch die Räume nicht wie ein Spaziergang im Märchenland an. Die Produktion unserer Industrie muß in erster Linie darauf gerichtet sein, unser Leben zu sichern, d. h. durch die Ausfuhr die notwendigen Rohstoffe zu erlangen, um unsere Lebensmittel und Rohstoffzufuhren bezahlen zu können.

Um die Besucher nicht nur mit unerfüllbaren Wünschen wieder ziehen zu lassen, ist beabsichtigt, im Verlaufe der drei Monate während der Schau durch eine Tombola einen kleinen Ausgleich zu bieten, so daß wenigstens auf diese Weise der eine oder andere Wunsch Befriedigung findet.

Unsere Sportschau

Unveränderte Lage

FC Nürnberg und München 60 weiterhin einsam an der Spitze

In der süddeutschen Oberliga scheint es bei der unbestrittenen Hegemonie des Klubs zu bleiben. Die Nürnberger setzten ihren Siegeszug mit 2:0 gegen die Frankfurter Eintracht fort und liegen damit nun neun Punkte vor München 1860, das gegen die unversagte kämpfenden Ulmer nur zu einem 1:0 kam, womit die SSVV ihrem vorsonntäglichen Achtungserfolg einen weiteren anreihen. Das Duell Augsburg contra Karlsruhe, endete klar zugunsten der Fuggerstädter. Die „Schwabern“ siegen in Karlsruhe gegen den KSV 19 und der BAC blieb auf der Scholle mit 2:1 gegen Phönix Karlsruhe siegreich, wodurch die allerdings noch immer undurchsichtige Abstiegsklärung für die Karlsruher wieder äußerst brennend geworden ist.

Einsteilen ist Bamberg auf den allerletzten Platz zurückgefallen, da es von Fürth 3:0 gekostet wurde. Wer aber den Weg ins Unterhaus antreten muß, läßt sich immer noch nicht aneuten. — Die weiteren Ergebnisse: Waldhof—Stuttgarter Kickers 3:1, Kickers Offenbach—Schweinfurt 0:0, FSV Frankfurt—Neckarau 0:0, VfB Stuttgart—Bayern München 3:2.

Vertagte Entscheidung ...

Das Rätsel der Südwestgruppe

Die jüngsten Treffen in der südwestdeutschen Zonenliga versprachen die Entscheidung der Meisterschaft. Die Situation klärte sich aber nicht, da Konstanz und Friedrichshafen, die beiden Tabellen-ersten, sich nach einem außerordentlich kampfbetonen Treffen 2:2 trennten und andererseits die für den Ausgang der Meisterschaft nicht weniger bedeutsame Partie zwischen Reutlingen und Freiburg ausfiel. In Konstanz sah es anfänglich nach einem Sieg der Friedrichshafener aus, die vor 6000 Besuchern schnell einen 2:0 Vorsprung erstritten hatten, den sie aber im Verlaufe des zweiten Aktes nicht halten konnten. — Nimmehr stehen, nach Verlusipunkten gewertet, drei Mannschaften auf dem Sprung zum Platz an der Sonne: Konstanz mit 19:7, Friedrichshafen mit 15:7 und Reutlingen mit 13:7 Punkten. — Was wird da werden? Schwenningen und Offenbach trennten sich torlos, während der FC Rastatt gegen den ohne Ausbruch spielenden Tabellenletzten aus Eberbach durch Neuhof, Knorr und zwei typische Durchbruchstreifer von Waldsee zu einem klaren 4:1 Sieg kam.

In der Nordstaffel hat sich der FC Kaiserslautern in Saarbrücken dem dortigen Fußballklub vor etwa 20 000 Zuschauern mit 2:1 besiegen lassen. Die Saarbrücker lagen 2:0 in Front, als der sich mit aller Energie einsetzende Fritz Walter zum Gegenangriff kam, ohne aber den chancenmäßig möglichen Ausgleich noch verwirklichen zu können. Worms revanchierte sich mit 3:0 recht gründlich an Mainz 05 für die Hinspielniederlage. Auch Neudorf vermochte gegen Phönix Ludwigshafen die Niederlage in der ersten Serie auszugleichen; diesmal wurde Ludwigshafen 4:2 geschlagen.

Badische Oberliga

Staffel West SC. Baden-Baden—VfR. Riegel 8:0 ASV. Freiburg—SV. Ottenau 4:2 Blau-Weiß—SF. Lahr 2:4 SV. Oberkirch—Fortuna 1:5

Der Sport-Club auf Torjagd

SC. Baden-Baden—VfR. Riegel 8:0 (5:0) Könnte man eine Torquote als Maßstab nehmen, um über den Wert einer Elf zu diskutieren, so wäre ohne Frage der SC. B-Baden meisterwürdig. Nun aber das Torchießen noch lange keinen Fußball macht, gibt es Ursachen und Gründe, die man beleuchten sollte. Über die Tatsache, daß dieser 8:0-Kantersieg spielerisch völlig verdient war, ja, daß er weit unter dem möglichen Skore lag, haben sich die 1200 Zuschauer nie gestritten, aber verärgert (wenn sind das Zuschauer eigentlich nicht?) waren sie allesamt über den Leichtsin, mit dem geradezu Vabanque gespielt wurde. Bei einem energischen Gegner geht das leicht ins Auge. Gewiß hat der absolute Klasseunterschied die Rot-Weißen verführt, eigene Fehler mit einem Achehelnucken abzutun, sonst müßten viele Schützer ungeschlagen bleiben. Die Elf der Bäderstadt ist zu wenig homogen, um endlich einmal die Leistungskurve konstant oben zu halten. Riegel war nie ein ernsthafter Gegner. Um diesen abzugeben, verfügten die Gäste weder über eine individuelle Spielkultur, noch über ein System. Ihre Art, zu verlieren, berührte sympathisch und bleibt das einzige Postivum, sieht man von ihrem überaus fleißigen Mittelfeld ab. Das war der einzige, Gegner, der Badens Kreise stören konnte, und er tat dies in einer Weise, die Bewunderung auslöste. B-Badens ungestüme Angriffe brachten schon bald den ersten Erfolg, den Hepp markierte und bis zur Pause ver-

Soja für Deutschland

„Fleisch ohne Knochen“ In den deutschen Nordseehäfen sind Ende April 3 Dampfer mit Sojabohnen aus den Vereinigten Staaten für Deutschland eingetroffen. Weitere Sendungen sollen folgen. Das ist eine sehr erfreuliche Nachricht. Die deutschen Ernährungsbehörden haben bei den Alliierten angeregt, zur Verbesserung der deutschen Versorgung mit Eiweiß und Fett monatlich möglichst bis zu 20 000 t Sojabohnen einzuführen. Wenn dieser Wunsch zu erfüllen wäre, käme das einer Jahreseinfuhr von 240 000 t Sojabohnen gleich. Das wären nur etwa 1,5 vH der Welterte, die 1946 14,426 Mill. t betragen hatte, davon waren in den Vereinigten Staaten etwas über 4 Mill. t geerntet worden, der Rest in Ostasien. Die Sojabohnen werden in Deutschland zu Nahrungsmitteln wie Sojamehl und Sojaflöcken verarbeitet werden, die mit ihrem Gehalt von 40 vH Eiweiß und 18 vH Fett sehr hochwertige Nahrungsmittel sind. Hat doch 1 kg Sojabohnen den Nährwert von 58 Eiern. In China heißt diese Wunderbohne denn auch mit Recht „Fleisch ohne Knochen“.

Nur 211 000 t Kohle Tagesförderung im April

Die Steinkohlen-Förderung der britischen Zone betrug in den 24 Arbeitstagen des April durchschnittlich 211 000 t täglich gegen 223 000 t im März. Für April hatte man mit 240 000 t täglich gerechnet. Im Industrieverband Bergbau wurde verhandelt, ob die durch die Stricks entstandenen Fehlschichten nachgeholt werden sollen. Man kam zu keinem Ergebnis.

Vereinheitlichung der Sozialversicherung

Ein Entwurf für die Vereinheitlichung der Sozialversicherung wurde vom sozialpolitischen Ausschuss des Landrats in Stuttgart dem Kontrollrat unterbreitet. Dieser Entwurf sieht die Vereinheitlichung von 4000 Versicherungssträgern vor.

Borkenkäfer bedroht Schwarzwald

Im Kreis Neustadt sind 160 000 qm Wald vom Borkenkäfer befallen. Der Befallene Bestand soll bis Juni geschlagen werden. Ausländische Arbeiter sind zu diesen außerordentlichen Lieben herangezogen worden.

Kraftwerk Bremen für Griechenland

Der griechische Ministerrat hat beschlossen, die Elektro-Zentrale Bremen als Wiedergutmachung für die im April 1945 anerkennend und hat für Transport und Wiederaufstellung des Kraftwerks einen Kredit von 2 Millionen Drachmen bewilligt.

England verkauft deutsche Schiffe

40 — Das britische Transportministerium hat bisher früher in deutschem Besitz befindliche Schiffe für 3 526 850 Pfund Sterling veräußert. England erlief von Deutschland als Reparationen 89 Schiffe mit 350 000 BRT.

de Mannschaften einer sportlichen Spielweise befähigen müßten. Im Treffen der Reservemannschaften setzt die Sinzheimer Zweite ihre Erfolgserfolge in alter Form fort. —DB—

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Lebensmittelaufwurf

Auf Lebensmittelaufwurf der 24. Zuf. Periode (Monat April) erlangten folgende Waren zur Verteilung:

- 1. Kaffee: Karte E, Jgd 1, Jgd 2 = 100 g auf Abschnitt 46, Schwerarbeiter Gruppe III = 100 g auf Abschnitt 254.
2. Essig: Karte E, Jgd 2, Jgd 1, K2 = 1/4 l auf Sonderabschnitt 5, Lebensmittelaufwurf für Vollbeschäftigte E, Jgd 1, Jgd 2, K 2 = 1/4 l auf Abschnitt 701.
3. Fisch: a) Restverteilung der bereits aufgerufenen 250 g für die Gruppen E, Jgd 2, Jgd 1 auf Abschnitt 19 des Beiblattes zum Haushaltsausweis, b) Neuaufwurf auf Karte 24 für die Verbraucher sämtlicher Buchstabengruppen: Karte E, Jgd 2, Jgd 1, K 2 = 250 g auf Sonderabschnitt 6, K 1 und Sg. = 250 g auf Sonderabschnitt 1. Ausgabe ab sofort an alle Verbraucher, die noch im Besitz des Abschnitts 19 sind.
B-Baden, den 5. Mai 1947. S 4687
Der Oberbürgermeister — Ernährungsamt

Städtisches Forstamt

Auf Anordnung der Militärregierung ist künftig mit Tinte oder Filzstift auf den vom Forstamt ausgestellten Holzfuhrerlaubnisscheinen in der Ecke rechts oben der Tag der Holzabfuhr durch den Empfänger oder Fuhrmann einzutragen. Der Nachweis hat nur mit diesem Vermerk Gültigkeit. Bei Befehl des Holzes ist der Holzfuhrerlaubnisschein an das Forstamt zurückzugeben. S 4702

Landesverfügung über Erzeugerhöchstpreise für Gemüse

Ab 1. Mai 1947 gelten nachstehende Erzeugerhöchstpreise für Gemüse: Blattgemüse: Kopfsalat, Glasware, 200 g je Stück bis 10. 5. 0,28, ab 11. 5. 0,20; nach Gewicht je 500 g bis 10. 5. 0,10, ab 11. 5. 0,05; Freilandware 200 g je Stück 0,15, nach Gewicht je 500 g 0,25, Spinat: je 500 g bis 10. 5. 0,20, ab 11. 5. 0,18. Rhabarber, rotstiellig je 500 g bis 10. 5. 0,20, ab 11. 5. 0,18. Schnittlauch, je Bund 100 g 0,80. Wurzelgemüse: Rettich, neue Ernte je Bund zu 5 Stück bis 10. 5. 0,30, ab 11. 5. 0,25, je Stück bis 10. 5. 0,15, ab 11. 5. 0,12. Radischen je Bund zu 10 Stück, bis 10. 5. 0,15, ab 11. 5. 0,10.

Der Handel darf folgende Aufschläge nehmen: Transportkosten, ferner die allgemeinen Unkosten und Gewinnspannen. Freiburg, den 29. April 1947 4659 Bad. Wirtschaftsministerium — Preisbildungsstelle —

GOTTESDIENSTE

Evangelische Landeskirche. Mittwoch, 7. Mai Altstadt: 20.00 Uhr 2. Vortrag zuden kommenden Kirchenwahlen, in der Kirche: Das Wesen der Kirche nach dem Neuen Testament, Boeckh. Lichtentail: 20.00 Uhr Bibelstunde im Kindergarten. Donnerstag, 8. Mai Weststadt: 20.00 Uhr in der Kirche: 2. Vortrag: Das Wesen der Kirche nach dem Neuen Testament, Boeckh. Freitag, 9. Mai Oos: 20.00 Uhr in der Kirche 2. Vortrag: Das Wesen der Kirche nach dem Neuen Testament, Boeckh.

Aufruf

des Generaldirektors Meyer Cohen an alle Verschleppten

Ihr alle, wenn es Euch möglich ist, kehret diesen Frühling in die Heimat zurück. Kehret nach Hause zurück, um Eueren Landeuten beim Wiederaufbau zu helfen und an den Früchten dieses Wiederaufbaues Teil zu haben. Das ist die Botschaft, die ich Euch heute sende. Wir Mitglieder der UNRRA haben mit Euch zusammengelebt und gearbeitet. Wir kennen Euer Probleme und sind in Verbindung mit denjenigen, die diese Probleme in Euerem Heimatland lösen wollen. Von den polnischen und jugoslawischen UNRRA-Missionen erhaltet wir Berichte, die besagen, wie sehr Euer Mitbürger Euer bedürfen. Sie arbeiten an einem großen Werk, demjenigen des Wiederaufbaues, und sie bitten Euch, sich anzuschließen. Für jeden gibt es dort Arbeit.

Für jeden gibt es dort Lebensmöglichkeit. Für jeden gibt es dort Ehre und Würde. Trübt Euch darüber nicht, laßt Euch nicht durch falsche Gerüchte irreführen. Erkennt Euch auch daran, daß die UNRRA heute ebenso wie in der Vergangenheit, niemals an Maßnahmen erzwungener Rückführung teilnehmen wird. Aber zurückbleiben heißt, sich auf die dunkle und ungewisse Zukunft vorzubereiten. Die Gelegenheit nach Hause zurückzukehren — zurückgeführt zu werden —, ohne Kosten und mit aller notwendigen Fürsorge für Euer Bequemlichkeit und Wohlbefinden, wird Euch von neuem geboten. Ergreift diese Gelegenheit, Euer Eltern, Euer Freunde, Euer Vaterland erwarten Euch. Meyer COHEN, Generaldirektor der UNRRA in Europa.